

Anfrage Schumacher Urs Christian und Mit. über die Gewährleistung der politischen Neutralität, Pluralität und Ausgewogenheit an der Pädagogischen Hochschule (PH) Luzern

eröffnet am 7. September 2026

Begründung:

Die Pädagogische Hochschule (PH) Luzern nimmt in unserem Staatswesen eine fundamentale gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Schlüsselrolle ein. Über die Auswahl, die Ausbildung und die Vermittlung von Kernkompetenzen an die künftigen Lehrpersonen bestimmt sie massgeblich das Fundament unserer Volksschule mit. Der gesellschaftliche Wandel führt dazu, dass nicht mehr die Familien, sondern zunehmend die Schule der zentrale Ort ist, an dem die politisch-gesellschaftliche Wertebildung der Kinder und Jugendlichen stattfindet. Der Lehrplan, die strategische Ausrichtung der Ausbildungsinstitution sowie die weltanschauliche Gesinnung des Lehrkörpers üben dabei einen prägenden Einfluss auf die nächste Generation aus. An einer staatlich finanzierten Ausbildungsstätte müssen daher absolute politische Neutralität und ein breites Meinungsspektrum herrschen, um jede Form von einseitiger ideologischer Beeinflussung zu verhindern.

Ein Blick auf die Tätigkeitsberichte und offiziellen Personalkommunikationen der PH Luzern der vergangenen Jahre zeigt eine erhebliche Fluktuationswelle und auffallend viele Früh pensionierungen sowie personelle Mutationen im Lehrkörper. Während die Institution diese Entwicklung formell als natürlichen Generationenwechsel deklariert, mehrten sich in der Öffentlichkeit und im Umfeld der Hochschule die Anzeichen für eine besorgniserregende strukturelle Verengung des Meinungskorridors. Es steht die Vermutung im Raum, dass im Zuge von strategischen Neuausrichtungen (wie z. B. der Umsetzung von Diversitäts- und Inklusions-Policies) kritische, bürgerliche oder traditionell-konservativ denkende Lehrpersonen vermehrt vorzeitig aus dem Dienst ausgeschieden sind oder sich im Arbeitsumfeld an den Rand gedrängt sahen. Wenn pluralistische Stimmen verstummen, leidet darunter die staatspolitisch geforderte gesellschaftliche Ausgewogenheit der gesamten Institution.

Verstärkt wird diese Sorge durch die Zusammensetzung der aktuellen operativen und strategischen Führung der PH Luzern, welche eine unübersehbare Nähe zur Sozialdemokratischen Partei (SP) aufweist. Diese klare parteipolitische Verankerung an der Spitze birgt das immanente Risiko, dass sich spezifische weltanschauliche Stossrichtungen unbeabsichtigt oder beabsichtigt in der langfristigen Strategie und bei der Rekrutierung des Lehrkörpers niederschlagen. Um das Vertrauen von Politik und Bevölkerung in eine ideologiefreie Lehrerbildung langfristig zu sichern, braucht es transparente Kontrollmechanismen, eine personelle Durchmischung und klare institutionelle Leitplanken.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch war die exakte Anzahl der ordentlichen Pensionierungen, Frühpensionierungen und ordentlichen Kündigungen (aufgelistet nach Jahren und Instituten) unter den Dozierenden der PH Luzern in den letzten sechs Jahren?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass im Zuge von Pensionierungswellen und Neubesetzungen das gesamte gesellschaftspolitische Spektrum – einschliesslich bürgerlicher und konservativer Denkhaltungen – im Lehrkörper angemessen vertreten bleibt und keine weltanschauliche Monokultur entsteht?
3. Welche Mechanismen und Kriterien wendet der Regierungsrat an, um zu überprüfen, dass die gegenwärtige Führung der PH Luzern trotz ihrer offenkundigen Nähe zur SP eine weltanschaulich strikt neutrale, ausgewogene und ideologiefreie Strategie verfolgt?
4. Wie wird im Rekrutierungsprozess von Dozierenden und wissenschaftlichen Mitarbeitenden an der PH Luzern garantiert, dass fachliche Exzellenz und nicht die Übereinstimmung mit bestimmten gesellschaftspolitischen oder ideologischen Leitbildern (z. B. im Bereich Gender/Diversität) das ausschlaggebende Einstellungskriterium ist?
5. Erachtet es der Regierungsrat als denkbar und zielführend, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Wahl der operativen beziehungsweise strategischen Leitung der PH Luzern analog zu anderen hohen kantonalen Ämtern alle vier Jahre durch den Kantonsrat vorgenommen wird?
6. Befürwortet der Regierungsrat die Einführung einer gesetzlichen Amtszeitbeschränkung für die PH-Leitung auf maximal acht Jahre, um eine monopolisierte ideologische Prägung zu verhindern und eine dynamische, gesellschaftlich breit abgestützte Weiterentwicklung der Institution zu gewährleisten?

Schumacher Urs Christian

Dahinden Stephan, Schnydrig Monika, Vogel Marlen, Gerber Fritz, Hodel Thomas Alois, Meyer-Huwyler Sandra, Arnold Robi, Müller Guido, Ineichen Benno, Wandeler Andy, Bucher Mario, Ursprung Jasmin, Lingg Marcel, Waldis Martin, Lötscher Hugo, Frank Reto, Gfeller Thomas, Stadelmann Fabian, Steiner Bernhard